



Nr. 484 | 24.06.2026

## Russland-Analysen

### Schattenflotte Luftangriffe Wirtschaft und Eliten in den Regionen

<b>ANALYSE</b>	
Die »russische Schattenflotte«: Kriegsfinanzierung und Bedrohung maritimer Sicherheit Julian Pawlak (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)	2
<b>DOKUMENTATION</b>	
Aktionen westlicher Länder gegen die russische Schattenflotte	6
<b>DOKUMENTATION</b>	
Russische Luftangriffe auf die Ukraine: Zivile Opfer	8
<b>DOKUMENTATION</b>	
Ukrainische Luftangriffe auf russische Ziele	12
<b>INTERVIEW</b>	
»Es gibt keine Alternative zur Dezentralisierung«. Andrei Yakovlev über eine tatsächliche Föderalisierung der russischen Wirtschaft Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA/Freie Universität Berlin), Tatiana Rybakova (Govorit NeMoskva)	14
<b>CHRONIK</b>	
Hinweis auf die Online-Chronik	18

## Die »russische Schattenflotte«: Kriegsfinanzierung und Bedrohung maritimer Sicherheit

Julian Pawlak (Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP), Berlin)

DOI: 10.31205/RA.484.01

### Zusammenfassung

Die so bezeichnete russische Schattenflotte ist seit 2022 zum zentralen Instrument der Sanktionsumgehung im russischen Ölexport und damit der Kriegsfinanzierung des Landes geworden. Zunehmend werden jedoch entsprechende Schiffe mit Sabotage- und Spionageakten in Verbindung gebracht. Besonders Schäden an maritimer kritischer Infrastruktur stehen im Fokus. Dieser Beitrag betrachtet die Entwicklung der Schattenflotte, über ihre ökonomische Bedeutung hin zu Gefahren maritimer Sicherheit.

### Ein Phänomen ohne feste Konturen

Der Begriff »Schattenflotte« hat sich in der politischen und medialen Debatte etabliert, obwohl er an sich unscharf bleibt. Es handelt sich bei den damit gemeinten Schiffen, die russisches Öl exportieren, weder um eine offizielle Flotte der Russischen Föderation noch grundsätzlich um ein spezifisch russisches Phänomen, da auch andere Staaten vergleichbare Systeme der Sanktionsumgehung betreiben. Dazu zählen der Iran, Nordkorea oder Venezuela. Bezeichnet wird damit viel mehr der Einsatz von Schiffen, deren Eigentümerstrukturen, Versicherungen und Flaggenstaatszugehörigkeiten systematisch verschleiert oder gefälscht werden, um Exporte außerhalb von Sanktionsregimen ermöglichen zu können. Charakteristisch ist die laufende Veränderung des Schiffsbestands durch den Erwerb alter, häufig maroder Tanker sowie der Wechsel zwischen sogenannten Billigflaggen von Staaten mit geringen oder fehlenden Kontrollmechanismen. Zusammen mit regelmäßig zu aktualisierenden Sanktionslisten verändert sich damit die genaue Zahl eingesetzter Schiffe durchgängig. Neue Schiffe werden hinzugezogen, Namen und Flaggen werden geändert oder gefälscht. Die genaue Zahl ist somit schwer zu beziffern. Im aktuellen 20. Sanktionspaket der EU werden 632 Tanker gelistet. Diese Zahlen markieren zugleich die Grenzen des Erfassbaren: Die Schattenflotte beruht auf permanenter Verschleierung und entzieht sich damit einer präzisen und endgültigen Quantifizierung, und somit auch der zielgenauen Regulierung.

### Ökonomische Funktion

Die primäre Funktion der Schattenflotte ist ökonomisch. Fast die Hälfte der russischen Ölexporte wird mittlerweile über die Ostsee abgewickelt; dafür werden jährlich etwa 1.000 Schiffe eingesetzt. Die monatlichen Verkaufserlöse liegen trotz aller Sanktionsbemühungen bei über zehn Milliarden Euro und konnten im Zuge des Konfliktes an der Straße von Hormus nochmals deutlich gesteigert werden. Das heißt, dass Russland noch-

mal mehr durch Ölexporte profitiert. Hauptabnehmer sind etwa China und Indien. Zusammen mit den wichtigen Ölexportinfrastrukturen und den russischen Ostseehäfen bilden die Seewege über die Ostsee hinaus in die Nordsee und damit auf die Weltmärkte die wichtigste (maritime) Exportroute der russischen Wirtschaft.

Wie zentral die Schattenflotte für dieses Exportsystem inzwischen ist, lässt sich an den Daten der Kyiv School of Economics oder des Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA) ablesen, welche die russischen Energieexporte monatlich auswerten. CREA zufolge wurden im Mai 2026 48 Prozent des seegehenden russischen Ölexports von sanktionierten Tankern der Schattenflotte transportiert. Die Schattenflotte ist damit Kern des russischen Ölexporthandels. Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die vergleichsweise geringe Wirksamkeit des bisherigen Sanktionsregimes auf den Ölexport selbst. Obwohl mittlerweile nahezu jeder zweite im russischen Ölexport eingesetzte Tanker sanktioniert ist, tut dies dem Verkauf kaum Abbruch und die Erlöse bleiben entsprechend stabil. CREA beziffert Russlands Einnahmen aus dem Export fossiler Energieträger im Mai 2026 auf 726 Millionen Euro pro Tag, davon rund 360 Millionen Euro allein aus Rohöl, die in den föderalen Haushalt und damit in die Kriegsfinanzierung fließen. Zugleich machen die CREA-Daten die Verwundbarkeit des Systems sichtbar: Die Sanktionierung von Rosneft und Lukoil Ende 2025 ließ die direkt von beiden Konzernen verkauften, seegehenden Rohölmengen binnen drei Monaten um über 80 Prozent gegenüber dem Vorjahr einbrechen. Zusätzlich führen ukrainische Drohnenangriffe auf die Ostseehäfen Ust-Luga und Primorsk sowie die Raffinerie Tuapse (Rosneft) wiederholt zu Ausfällen. Dass die Einnahmen dennoch grundsätzlich stabil bleiben, verdankt Moskau weniger der eigenen Anpassungsfähigkeit als der Nachfrage und Marktlage. Zudem hat der Preisschub im Zuge der Einschränkungen der Straße von Hormus nicht nur die Erlöse erhöht, sondern auch die westliche

Sanktionspolitik gebremst. Die temporäre Aufhebung gewisser Sanktionsteile stärkt das erklärte Ziel Einnahmenbeschränkung Russlands nicht. Hier zeigt sich ein grundlegendes Koordinationsproblem westlicher Sanktionspolitik: Marktregulierung und Eindämmung stehen in einem Zielkonflikt, der durch weltpolitische Entwicklungen beeinträchtigt und bislang nicht aufgelöst ist.

Parallel dazu wird auch die Sanktionierung einzelner Schiffe nach wie vor umgangen oder hat schlicht kaum unmittelbare Auswirkungen. Gelistete Tanker werden zum Teil ersetzt, Eigentümerstrukturen wiederum neu verschachtelt, oder Flaggen und Namen gewechselt. Dies geht soweit, dass Flaggen von Staaten eingesetzt werden, welche überhaupt gar kein Flaggenreister für die internationale Schifffahrt zur Verfügung stellen. Darüber hinaus ignorieren die Schiffe Häfen der sanktionierenden Staatengemeinschaft und nehmen lange Stehzeiten zur See in Kauf. Auf diese Weise werden auch potenziell problematische Hafenstaatkontrollen umgangen.

### Die Schattenflotte als Instrument hybrider Kriegführung?

Bedeutsam ist neben der ökonomischen Dimension die nahegelegte Funktionsverschiebung oder zumindest -anpassung, die sich seit der russischen Vollinvasion der Ukraine abzeichnet. Vermehrt und in allmählicher Regelmäßigkeit standen und stehen Schiffe der Schattenflotte in Verbindung mit einer Vielzahl an Schädigungen an maritimen kritischen Infrastrukturen. Insbesondere handelt es sich dabei um Unterseekabel, die für Energie-, Kommunikations- und Datenströme verwendet werden. Damit ergibt sich der begründete Verdacht, dass Russland die Schattenflotte nicht mehr bloß in einem System der Sanktionsumgehung einsetzt, sondern ebenfalls als Mittel hybrider Kriegführung.

Unter hybrider Kriegführung in der sogenannten Grauzone werden Aktivitäten bezeichnet, die aktiv schädigen, verunsichern oder destabilisieren sollen, dabei aber unterhalb der Schwelle zum offenen bewaffneten Konflikt bleiben. In der maritimen Dimension ist dies insbesondere aufgrund von fragmentierten Zuständigkeiten von Sicherheitsbehörden sowie schwer zu realisierender Überwachung aller Aktivitäten auf See ein Mittel der Wahl. Gleichzeitig sind Russlands Fähigkeiten in der maritimen Dimension, nebst seiner strategischen Komponente der nuklearen Zweitschlagfähigkeit, limitiert. Mit dem Einsatz von zivilen Schiffen der Schattenflotte für nicht unmittelbar nachvollziehbare Sabotageakte wird ein Weg gefunden, ohne großen sowie nachweisbaren Mitteleinsatz und entsprechendes Risiko Schäden und Unsicherheiten in europäischen Gesellschaften herbeizuführen.

Die empirische Basis dieser Diagnose basiert auf einer Vielzahl an Fällen, die nach Beginn der russischen Voll-

invasion zuvorderst im Ostseeraum identifiziert worden sind. Belegt sind damit konkrete Schadensfälle, wie etwa der Tanker *Eagle S*. Dieses der Schattenflotte zugerechnete Schiff beschädigte am ersten Weihnachtstag 2024 durch das Schleppen seines Ankers über den Meeresboden das Unterseestromkabel *Estlink 2* zwischen Finnland und Estland sowie vier weitere Kabel. Während einzelne Unfälle und Disruptionen von Kabeln durchaus vorkommen können, führte die vergleichsweise unnatürliche Häufung von Kabelschäden in der Ostsee Ende 2024 im Januar 2025 zu einer Reaktion der NATO. Die Mission *Baltic Sentry* wurde eingerichtet, um, bis zum jetzigen Zeitpunkt weitestgehend erfolgreich, ähnliche Aktivitäten abzuschrecken und die Region besser überwachen zu können.

Darüber hinaus dokumentieren Behördenkontrollen von entsprechenden Schiffen zunehmend überdurchschnittlich große Besatzungen mit Verbindungen zu russischem Militär oder Söldnergruppen, die dazu häufig auch noch bewaffnet sind. Auch korrelieren gesichtete Drohnenüberflüge innerhalb Europas und an den europäischen Küsten und kritischen Infrastrukturen mit Schiffsbewegungen der Schattenflotte. Allerdings ist die zweifelsfreie Zuordnung einzelner Schädigungen zu mutwilligen Akten nicht immer zweifelsfrei nachweisbar. Beschuldigte berufen sich regelmäßig auf Versehen, wie den Verlust des Schiffsankers. Genau diese Zurechnungsproblematik ist aber konstitutiv für die genannten hybriden Aktivitäten in der Grauzone und Kern des Problems der Vielzahl an nachgewiesenen und vermuteten Sabotageaktionen.

### Bedrohungen maritimer Sicherheit

Grundsätzlich lassen sich Sabotage- und Spionageakte dieser Art durchaus auch als vorbereitende Maßnahmen potenzieller militärischer Aktionen lesen. Durch das »Testen« von Sicherheitsbehörden sowie Abwehr- und Reaktionsmaßnahmen liefern sie der Gegenseite Informationen über Verfahrensabläufe und Reaktionszeiten bei Schäden und Unterbrechungen an kritischer Infrastruktur. Dass die Beschädigung von *Estlink 2* an einem in Europa gesellschaftlichen bedeutenden Feiertag erfolgte, fügt sich in diese Logik. Hier kann es von großem Interesse sein, Reaktionsmuster und -fähigkeiten zu beobachten und von diesen für spätere, potenziell disruptive Akte zu lernen.

Dabei ist die Schattenflotte nicht das einzige Beispiel ziviler Schifffahrt, das im Verdacht steht, für hybride Operationen eingesetzt worden zu sein. Auch anderweitig wurden zivile Schiffe, die Verbindungen nach Russland haben, mit Schädigungen maritimer kritischer Infrastruktur in Verbindung gebracht, und das bereits vor dem Jahr 2022. Im Frühjahr 2021 wurde das norwegische Unterseekabelsystem *LoVe Ocean*, eine nationale

Forschungsinfrastruktureinrichtung vor den Lofoten, beschädigt; kilometerlange Kabelabschnitte verschwanden vom Meeresboden. Anfang 2022 wurde eines der beiden Glasfaserkabel durchtrennt, die Spitzbergen, und damit unter anderem die für die Satellitenkommunikation zentrale Bodenstation *Svalsat*, mit dem norwegischen Festland verbinden. In beiden Fällen zeigte die Auswertung von Schiffsbewegungsdaten (AIS), dass russische Fischereiboote die betroffenen Stellen zuvor wiederholt passiert hatten. Das Muster, Korrelation ziviler Schiffe als Plattformen für Aufklärung und mutmaßliche Sabotage einzusetzen, ist also durchaus breiter als die Schattenflotte selbst. Diese fügt dem bestehenden Instrumentarium vor allem Quantität hinzu: Hunderte ziviler Schiffe, deren bloße Präsenz Überwachungskapazitäten bindet und Zurechnungsfragen vervielfacht, ohne unmittelbar unter russischer Flagge zu stehen.

Ein zusätzliches Problem maritimer Sicherheit ergibt sich schließlich daraus, dass Umweltrisiken ganz offensichtlich fahrlässig, teils mutwillig im Rahmen der Schattenflotte in Kauf genommen werden. Die eingesetzten Tanker sind in der Regel überaltert und damit deutlich über dem sichereren Altersdurchschnitt vergleichbarer Schiffe. Sie werden schlecht gewartet und sind ohne anerkannten Versicherungsschutz unterwegs. Die langen Stehzeiten auf See und entsprechenden Arbeitsbedingungen der Besatzungen verschärfen das Risiko von Unfällen zusätzlich. Die Folgen zeigen sich in einer Kette von Zwischenfällen: Im Dezember 2024 zerbrach der Tanker *Volgoneft-212* im Sturm in der Straße von Kertsch, ein Schwesterschiff lief auf Grund und tausende Tonnen Schweröl verschmutzten die Schwarzmeerküste. Im Januar 2025 trieb die manövrierunfähige *Eventin* vor Rügen und musste vor die Küste geschleppt werden, die Gefahr einer Ölkatastrophe stand im Raum. Dies sind nur zwei Beispiele von mehreren Fällen, die im globalen Netz der Schattenflotte verzeichnet und in Kauf genommen werden. Da die Schiffe nicht regulär versichert sind, sind im Havariefall die Anrainerstaaten mit der Schadensbeseitigung konfrontiert. In der nahezu geschlossenen Ostsee würde dies über Jahre, möglicherweise Jahrzehnte dauern. Die Umweltgefährdung ist damit nicht bloß Begleitschaden der Sanktionsumgehung, sondern Teil des Drohpotenzials für die maritime Sicherheit und Umwelt.

### Die Distanz schwindet

Zuletzt scheint auf den ersten Blick nunmehr ein Paradoxon zu entstehen. Galt das Prinzip Schattenflotte ursprünglich der Verschleierung und Distanzierung, ändert sich dies zunehmend. Verschachtelte Eigentümerstrukturen, wechselnde Billigflaggen und Schiffsnamen, sowie abgeschaltete Transponder sollten gerade die Zusammengehörigkeit der Schiffe und ihre Verbindung

zum russischen Staat unkenntlich machen. Nun lässt sich vermehrt das Gegenteil beobachten: eine zunehmend offene staatliche Anbindung, die über die Beflagung durch Russland selbst hinaus geht. Denn Russland setzt aktiv Streitkräfte ein, um legitime Zugriffe auf Schattenflottenschiffe zu verhindern. Als estnische Behörden im Mai 2025 den wegen falscher Flagge gestoppten Tanker *Jaguar* festsetzen wollten, unterbrach ein Kampfflugzeug vom Typ SU-35 den Festsetzungsversuch mit Drohgebärden aus der Luft, der Zugriff unterblieb. Auch eskortiert die russische Marine in einzelnen Fällen Tanker teilweise durch die Ostsee und angrenzende Gewässer. Das zusätzlich eingesetzte, zuweilen bewaffnete Personal mit Verbindungen zu russischen Sicherheitsbehörden und Söldnergruppen soll in ihrer Funktion offenkundig weniger im Schiffsbetrieb als in der Begleitung, Absicherung und gegebenenfalls Abschirmung der Schiffe und ihrer Besatzungen liegen. In der Summe verschiebt sich die Schutzlogik der Schiffe und des Ölexports von der Verschleierung zur Abschreckung und zum unmittelbaren Schutz. Was an plausibler Bestreitbarkeit verloren geht, soll nunmehr durch die Drohung mit Eskalation kompensiert werden.

### Russisches Vorgehen eröffnet Möglichkeiten, gegen die Schattenflotte vorzugehen

Dieses scheinbare Paradoxon schneidet allerdings in beide Richtungen. Indem Russland die Verbindung zwischen Staat und Schattenflotte zunehmend offenlegt, untergräbt es die Grundlage des eigenen Modells, die »*plausible deniability*«, und liefert Anknüpfungspunkte und Zusammenhänge. Marineeskorten und militärische Schutzmaßnahmen machen aus nominell privaten Handelsschiffen staatlich protegierte Akteure. Die Ausflagung unter russische Flagge bedeutet zugleich, dass Moskau förmlich die Flaggenstaatsverantwortung übernimmt. Russland kann sich dann nicht mehr auf Distanz zu Schiffen berufen, für deren Konformität mit internationalen Standards es selbst einzustehen hat. Schiffe ohne gültige oder mit gefälschter Flagge wiederum unterliegen ohnehin weitreichenden Zugriffsrechten aller Staaten. Und das Recht der friedlichen Durchfahrt durch Hoheitsgewässer gilt nur für Schiffe, von denen keine Gefahr ausgeht. Ein Schiff, welches Aufklärung betreibt, Kabel beschädigt oder sich grundsätzlich nicht-friedlich verhält, kann dies nicht beanspruchen. Auch die dokumentierte Inkaufnahme von Umweltrisiken eröffnet Handlungsraum. Nord- und Ostsee sind durch die *International Maritime Organization* (IMO) als *Particularly Sensitive Sea Areas* klassifiziert. Dies zieht Verantwortung mit sich und erlaubt zusätzliche Handlungsmöglichkeiten hinsichtlich gegebener Umweltrisiken. Der Zustand vieler Schiffe rechtfertigt damit häufigere Kontrollen und gegebenenfalls

die Verweigerung der Weiterfahrt. Dies geschieht unabhängig von der Sanktionsfrage, sofern solche Maßnahmen nicht-diskriminierend alle in Frage kommenden, maroden Schiffe erfassen.

### Potenzielle Eskalationsdynamiken

Jede konsequentere Gangart gegenüber der Schattenflotte wird tendenziell weitere russische Gegenreaktionen hervorbringen. Das zeigen bisherige Aktivitäten Russlands, von haltlosen Piraterievorwürfen bis zum besagten Einsatz militärischer Machtmittel zu Abschreckung und Eskorte. Daher sind weitere Eskalationsdynamiken einzukalkulieren, auch wenn bloß geltendes Recht umgesetzt wird, etwa um die Umwelt vor einer Katastrophe zu schützen oder Schiffe aufgrund von falscher Flagge zu kontrollieren. Zu erwarten wäre etwa eine vertikale Eskalation in Form militärischer Drohgebärden, von weiteren Überflügen über demonstrative Marinemanöver bis zur regelmäßig eingesetzten nuklearen Rhetorik, mit der Moskau westliche Entscheidungsprozesse seit 2022 systematisch zu beeinflussen versucht. Wahrscheinlicher und schwerer zu beantworten ist jedoch der Ansatz der horizontalen Eskalation: mehrere parallel herbeigeführte Schadensereignisse finden zeitgleich oder in kurzer Abfolge statt. Dazu könnten Beschädigungen kritischer Infrastrukturen, blockierte Hafenzufahrten, und absichtlich ausgelöste Havarien mit Umweltfolgen zählen. Daneben kann auch über die maritime Dimension hinaus gewirkt werden, indem Behörden gebunden und die Öffentlichkeit überfordert

wird. Problematisch ist dabei weniger das einzelne Ereignis als die kumulative Dynamik, die, flankiert von Drohungen, die Belastbarkeit politischer Entscheidungsketten testet.

### Fazit und offene Fragen

Die Schattenflotte ist ein Lehrstück über die Funktionsweise von hybrider Konfliktgangart in der Grauzone unterhalb der Schwelle zum bewaffneten Konflikt. Ein Akteur kompensiert seine Handlungsschwäche durch die systematische Ausnutzung von Zurechnungsproblemen, Rechtsambiguitäten und westlicher Risikoaversion. Bemerkenswert ist diese Entwicklung gerade deshalb, weil Russland diese Logik nunmehr partiell verlässt: Der Einsatz von Marineschiffen zur Eskorte, die Ausfaggungen hin zur russischen Flaggenstaatzugehörigkeit und militärische Drohungen opfern Bestreitbarkeit und Distanz zugunsten von Abschreckung. Damit verschiebt Russland die Auseinandersetzung von der Attributions- und Zuordnungsfrage zur Frage westlicher Eskalationsbereitschaft. Bisher wird darauf gepocht, dass in dieser Frage von westlicher Seite eher nachgegeben als standgehalten wird. Denn bislang lähmen juristische Vorsicht und vor allem die Furcht vor militärischer Eskalation die westliche Reaktion. Der Fall *Jaguar* ist beispielhaft für das Muster: Moskaus Drohgebärden sind kostengünstig und effektiv, weil der Westen sie wirken lässt. Diese Selbstabschreckung überlässt Russland Initiative und Handlungsraum in einem Feld, in dem es grundsätzlich der schwächere Akteur ist.

### Über den Autor

Dr. Julian Pawlak ist Wissenschaftler im Projekt »Strategic Threat Analysis and Nuclear (Dis-)Order (STAND)« der Stiftung Wissenschaft und Politik sowie NextGen Associate Fellow des NATO Defense College in Rom. Zuvor war er an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg, dem German Institute for Defence and Strategic Studies, der Strategie-Division an der Swedish Defence University und dem Institut für Sicherheitspolitik an der Universität Kiel tätig. Dr. Julian Pawlak forscht und publiziert zu Fragen der Sicherheitspolitik, Strategie und Verteidigung mit den besonderen Schwerpunkten auf hybride Kriegsführung und Schutz (Maritimer) Kritischer Infrastrukturen, Maritime Strategie und Sicherheit, Ostseeraum und NATO-Nordflanke.

### Lesehinweise

- Pawlak, Julian: Maßnahmen gegen die »russische Schattenflotte«. Nur ein systematischer Ansatz kann für Effektivität und Sicherheit sorgen, SWP-Aktuell 2026/A 24, Mai 2026, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2026A24/>.
- Kluge, Janis: Russlands Wirtschaft am Wendepunkt. Mit dem Ende des russischen Kriegsbooms steigen die wirtschaftlichen Risiken für den Kreml, SWP-Aktuell 2024/A 59, November 2024, <https://www.swp-berlin.org/publikation/russlands-wirtschaft-am-wendepunkt>.
- Centre for Research on Energy and Clean Air (CREA): Monthly analysis of Russian fossil fuel exports and sanctions, <https://energyandcleanair.org/category/financing-putins-war/monthly-analysis/>.
- Kyiv School of Economics: Russian Oil Tracker, <https://kse.ua/about-the-school/news/russian-oil-tracker-march-2026-export-volumes-and-revenues-collapse-in-february-as-war-in-iran-drives-oil-prices-and-russia-s-revenue-outlook-sharply-higher/>.
- Buchholz, Katharina (06.02.2025): "Baltic Sea Cable Incidents Pile Up", in: Maritime industry in the EU, Baltic Sea, statista.com, <https://www.statista.com/chart/33892/damage-to-underwater-cables-and-pipelines-in-the-baltic-sea/>.

- Charlie Edwards; Nate Seidenstein: The Scale of Russian Sabotage Operations Against Europe’s Critical Infrastructure, August 2025, The International Institute for Strategic Studies, <https://www.iiss.org/globalassets/media-library---content--migration/files/research-papers/2025/08/pub25-095-the-scale-of-russian-sabotage-operations.pdf>.
- Brugmann, Gero; Pawlak, Julian; Pecher, André; Gülich-Thurrow, E. Ronny von: Von Sicherheitsmängeln zum Sicherheitsrisiko: Substandard Vessels und die Bedrohungen für die Maritime Sicherheit in der Ostsee. Handlungsempfehlungen für die Bundesregierung, #GIDSstatement 9/2025, GIDS: Hamburg, [https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2025/11/GIDSstatement2025\\_09\\_Brugmann\\_et\\_al251118n.pdf](https://gids-hamburg.de/wp-content/uploads/2025/11/GIDSstatement2025_09_Brugmann_et_al251118n.pdf).

DOKUMENTATION

## Aktionen westlicher Länder gegen die russische Schattenflotte

Im Dezember 2024 schließen sich zwölf Anrainer- und Partnerstaaten – darunter Großbritannien, Dänemark, Schweden, Polen, Finnland und Estland – zu einem Kooperationsrahmen zusammen, um Versicherungs- und Schiffsdokumente verdächtiger Schiffe systematisch zu kontrollieren und damit die praktische Durchsetzung der EU-Sanktionsregeln auf See zu stärken. Damit wird das Festsetzen von Schiffen der russischen Schattenflotte in der Praxis auf Grundlage sanktionsrechtlicher Verstöße erleichtert, während Festsetzungen zuvor nur wegen Umweltvergehen, Sicherheitsmängeln, Havarien oder illegaler Fracht möglich waren und in erster Linie finanzielle und verwaltungsrechtliche Folgen hatten. Kurz zuvor hatte die EU das 15. Sanktionspaket gegen Russland verabschiedet, das u. a. ihr Vorgehen gegen die russische Schattenflotte verschärft. Zentrale Maßnahmen sind die gezielte Listung einzelner Schiffe, für die ein Einlaufverbot in EU-Häfen, ein Verbot der Inanspruchnahme von Hafen- und Seeverkehrsdienstleistungen – etwa der Zugang zu bestimmten Häfen – sowie weitreichende Beschränkungen für EU-Unternehmen gelten. Diese Maßnahmen werden von der Kommission explizit mit der Einschränkung von Einnahmen Russlands aus Ölexporten zur Finanzierung des Angriffskriegs gegen die Ukraine, Unterbindung von Sanktionsumgehung, der Verteuerung der russischen Öl-Logistik und der Reduzierung der erheblichen Sicherheits- und Umweltgefahren begründet, die von maroden, verschleierten und nur unzureichend versicherten Tankern ausgehen.

Tabelle 1: Aktionen westlicher Länder gegen die russische Schattenflotte

Datum	Name	transportiertes Gut	Flagge	Start- und Zielort	Transportierte Menge bzw. Kapazität	Festgesetzt durch, Ort	Maßnahmen und Konsequenzen	von EU sanktioniert
14.06.2026	Smyrtos	Öl	Kamerun	Start: Ust-Luga (Russland), Ziel: Port Said (Ägypten)	98.000 t	Großbritannien südenglische Küste	Durchsuchung, Verhaftung des Kapitäns, Gerichtsverfahren	ja
31.05.2026	Tagor	Öl	Kamerun	Start: Murmansk (Russland); Ziel: Limbe (Kamerun)	nicht bekannt, 114.800 t dwt	Frankreich mit Hilfe von Großbritannien, atlantischer Ozean	Festsetzung in Frankreich, Durchsuchung, Festnahme des Kapitäns	ja
03.05.2026	Jin Hui	Öl	Syrien	unklar	keine Ladung	Schweden, Ostsee	Betreten, Festsetzung, Verhaftung des Kapitäns, drohende Haft- und Geldstrafe	ja
03.04.2026	Flora 1	Öl	Sierra Leone	Start: Primorsk (Russland), Ziel: Santos (Brasilien)	nicht bekannt, 50.921 t dwt	Schweden, Ostsee	Beschlagnahme des Schiffs, Verdacht: Ölleck verursacht	nein
20.03.2026	Deyna	Öl	Mosambik	Start: Murmansk (Russland); Ziel: China	nicht bekannt, 111.808 t dwt	Frankreich mit Hilfe von Großbritannien, Nähe der Balearen	Festsetzung in Frankreich, Weiterfahrt nach Zahlung einer Geldstrafe im April	ja
13.03.2026	Sea Owl I	Öl	Komoren	Start: Santos (Brasilien); Ziel: Primorsk (Russland)	ohne Ladung	Schweden, Küste bei Trelleborg	Durchsuchung, Festnahme des Kapitäns	ja

Fortsetzung auf der nächsten Seite

**Tabelle 1: Aktionen westlicher Länder gegen die russische Schattenflotte (Fortsetzung)**

Datum	Name	transportiertes Gut	Flagge	Start- und Zielort	Transportierte Menge bzw. Kapazität	Festgesetzt durch, Ort	Maßnahmen und Konsequenzen	von EU sanktioniert
07.03.2026	Caffa	Getreide	Guinea	Start: Casablanca (Marokko); Ziel: St. Petersburg (Russland)	keine Ladung beim Eingriff	Schweden, südliche Küste Schwedens	Durchsuchung, Festnahme der Crew, Beschlagnahme	nein
28.02.2026	Ethera	Öl	Guyana	Start, Marokko, Ziel: Russland	an Bord nur Ballast	Belgien und Frankreich, Nordsee	Beschlagnahme in Belgien, Freilassung erst gegen 10 Mio. €, Klage des Schiffbesitzers abgewiesen	ja
22.01.2026	Grinch	Öl	Komoren	Start: Murmansk (Russia)	bis zu 115.000 t	Frankreich mit Hilfe von Großbritannien, westliches Mittelmeer	Abfang, Beschlagnahme, Weiterfahrt nach Zahlung einer Strafe in Millionenhöhe	nein
07.01.2026	Marinera (ex-Bella 1)	Öl	Guyana, Panama, Russland, Komoren	Ziel: Venezuela und Curaçao, später Murmansk, Russland	318.518 dwt	USA, vor der schottischen Küste	Wochenlange Verfolgung, Beschlagnahme durch US-Kräften mit logistischer Unterstützung durch Großbritannien, später in der Karibik unter neuem Namen Era	ja (von USA)
31.12.2025	Fitburg	Fracht (Stahl)	St. Vincent und die Grenadinen	Start: St. Petersburg (Russland); Ziel: Haifa (Israel)	Menge nicht bekannt, 9.822 t dwt	Finnland, Ostsee	Abfang, Festnahme der Crewmitglieder, Weiterfahrt Mitte Januar	nein
13.11.2025	Seahorse	Naphtha	Komoren	Start: Kuba, Ziel: Venezuela	26.600 t (190.000 Barrels)	USA, Karibik	Kursänderung nach Kuba	nein
01.10.2025	Boracay	Öl	Benin	Start: Primorsk (Russland); Ziel: Adinar (Indien)	bis zu 115.000 t	Frankreich, atlantische Küste nahe Saint-Nazaire	Festsetzung, Festnahme des Kapitäns und eines Crewmitglieds, Weiterfahrt, Verhandlungen in Abwesenheit gegen Kapitän	ja, unter anderem Namen (Kiwala)
07.09.2025	Scanlark	Fracht	St. Vincent und die Grenadinen	Start: Klaipeda (Litauen), ungewöhnlich langer Aufenthalt Nahe Kiel Ende Aug., Ziel: Rotterdam; neues Ziel Sept.: Finnland	nicht bekannt, 1.550 dwt	Deutschland, Nord-Ostsee-Kanal	Festsetzung, Durchsuchung, Beschlagnahme, Weiterfahrt im Oktober, Verdacht: Drohnenaktivität	nein
21.05.2025	Sun	Öl	Antigua and Barbuda	Nicht bekannt	nicht bekannt, 17.133 t dwt	Polen, nahe einem Unterseekabel zwischen Polen und Schweden	nach verdächtigem Manöver von polnischen Patrouillen verjagt	ja (am Tag des Vorfalls)
28.05.2025	Lauga	Fracht	nicht eindeutig ermittelbar	Nicht bekannt	nicht bekannt, 2.557 t dwt	Belgien, Hafen Zeebrugge	Durchsuchung, Befragung der Crew, Verdacht: Drohnen (keine stichhaltigen Beweise gefunden)	nein
15.05.2025	HAV Dolphin	Fracht	Antigua and Barbuda	Start: Kaliningrad, kein klares Ziel erkennbar	nicht bekannt, 3.041 t dwt	Niederlande, auf Anfrage von Deutschland, Hafen Volkerak	Durchsuchung Schiff, Verdacht: Drohnen (keine stichhaltigen Beweise gefunden)	nein
13.05.2025	Jaguar	Öl	Gabun	Ziel: Primorsk (Russland)	nicht bekannt, 115.000 t dwt	Estland, Ostsee	Festnahmeversuch abgebrochen wegen fehlender Kooperation, Schiff in russische Gewässer eskortiert	ja
11.04.2025	Kiwala	Öl	ohne Flagge (registriert in Djibouti)	Ziel: Ust-Luga (Russland)	keine Ladung	Estland, Ostsee	Durchsuchung, Beschlagnahme, Mängel am Schiff festgestellt, Weiterfahrt Ende April	ja (nach dem Vorfall)
10.01.2025	Eventin	Öl	Panama	Start: Ust-Luga (Russland), Ziel: Port Said (Ägypten)	99.000 t	Deutschland, vor Rügen	Bergung des Schiffes wegen Manövrierunfähigkeit, Beschlagnahme, Gerichtsverfahren	ja (nach dem Vorfall)

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 1: Aktionen westlicher Länder gegen die russische Schattenflotte (Fortsetzung)

Datum	Name	transportiertes Gut	Flagge	Start- und Zielort	Transportierte Menge bzw. Kapazität	Festgesetzt durch, Ort	Maßnahmen und Konsequenzen	von EU sanktioniert
26.12.2024	Eagle S	Öl	Cook-inseln	Start: St. Petersburg (Russland), Ziel nicht bekannt	56.000 t (400.000 barrels)	Finnland, exklusive Wirtschaftszone	Beschlagnahme, Festnahme und Befragung der Crew, Verdacht: Beschädigung eines Unterseekabels zw. Finnland und Estland	ja (nach dem Vorfall)

Legende: dwt – Deadweight Tonnage, Tragfähigkeit eines Schiffes in Tonnen, inklusive Ladung, Treibstoff und Proviant

Stand: 18.06.2026.

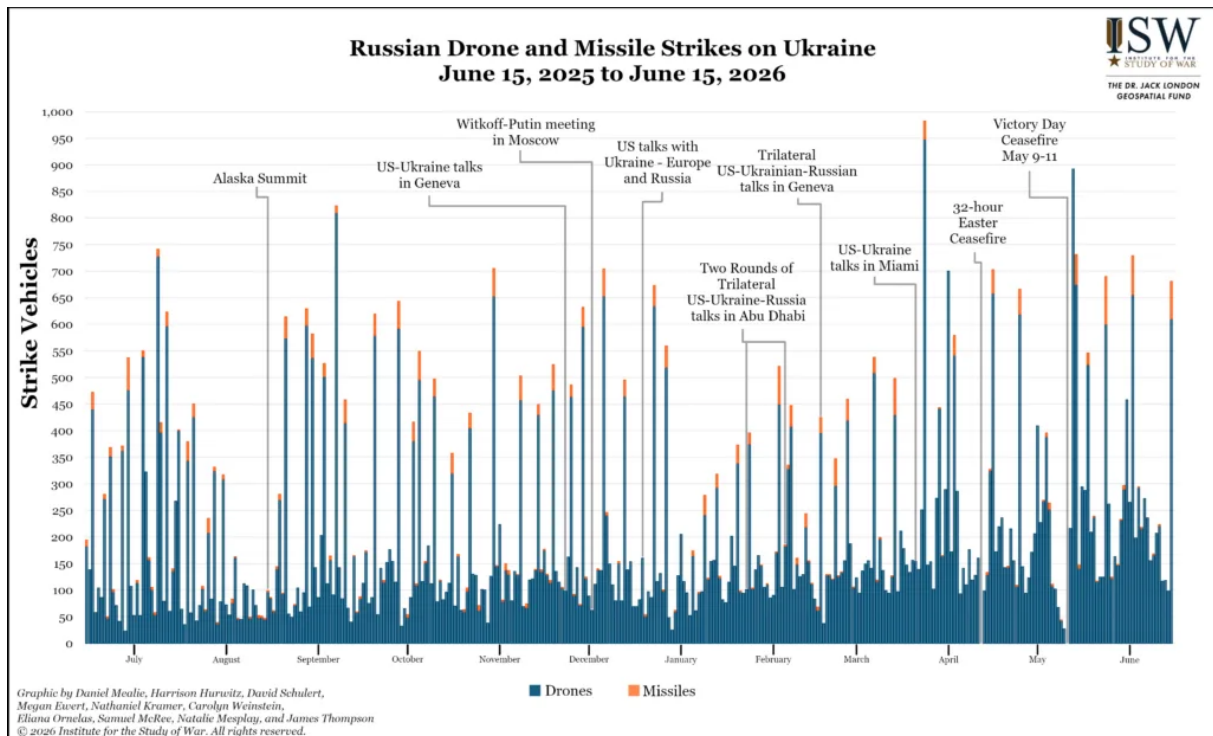
Hinweis: Es wird kein Anspruch auf Vollständigkeit erhoben. Militärische Aktionen wie z. B. ukrainische Drohnenangriffe auf Schiffe der Schattenflotte sind nicht enthalten.

Zusammengestellt von Iris Bischoff

DOKUMENTATION

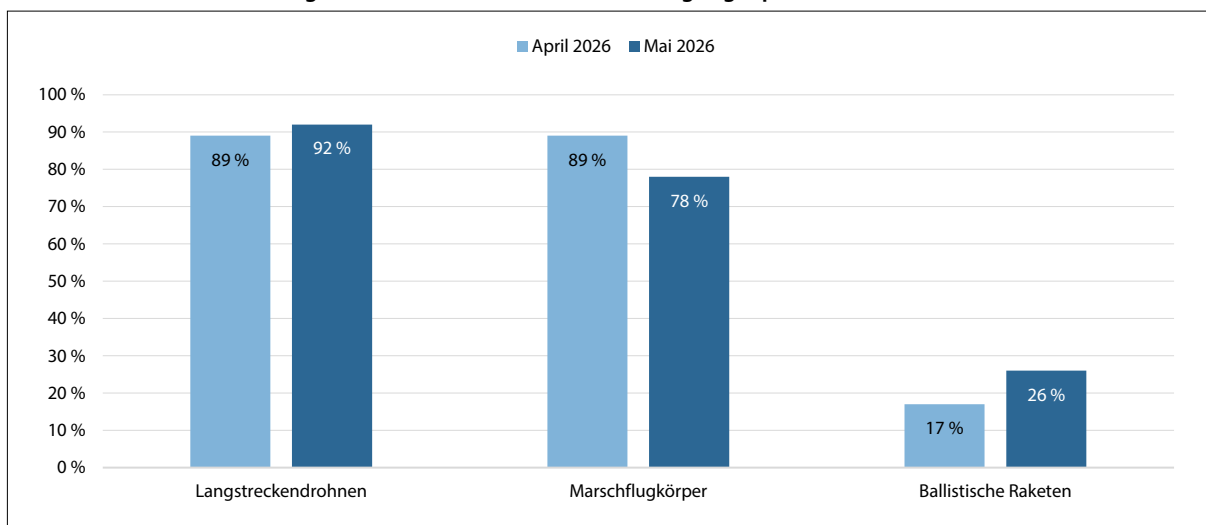
## Russische Luftangriffe auf die Ukraine: Zivile Opfer

Grafik 1: Russische Luftangriffe auf die Ukraine von Juni 2025 bis Juni 2026, Zahl der Drohnen und Raketen pro Tag



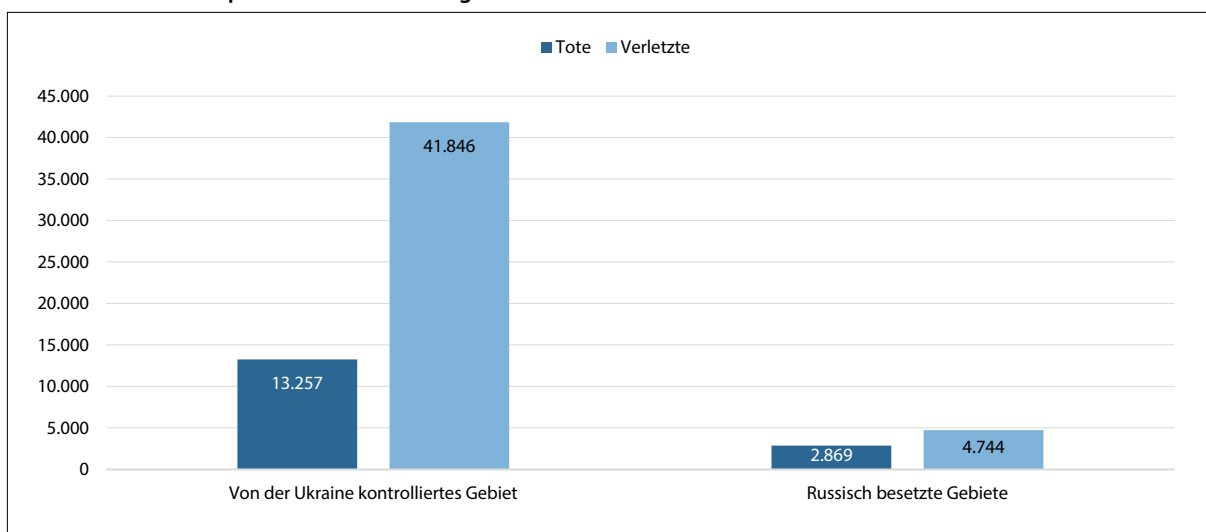
Quelle: Institute for the Study of War, <https://understandingwar.org/research/russia-ukraine/russian-offensive-campaign-assessment-june-15-2026/>

**Grafik 2: Aktuelle Abfangraten der ukrainischen Luftverteidigung, April und Mai 2026**



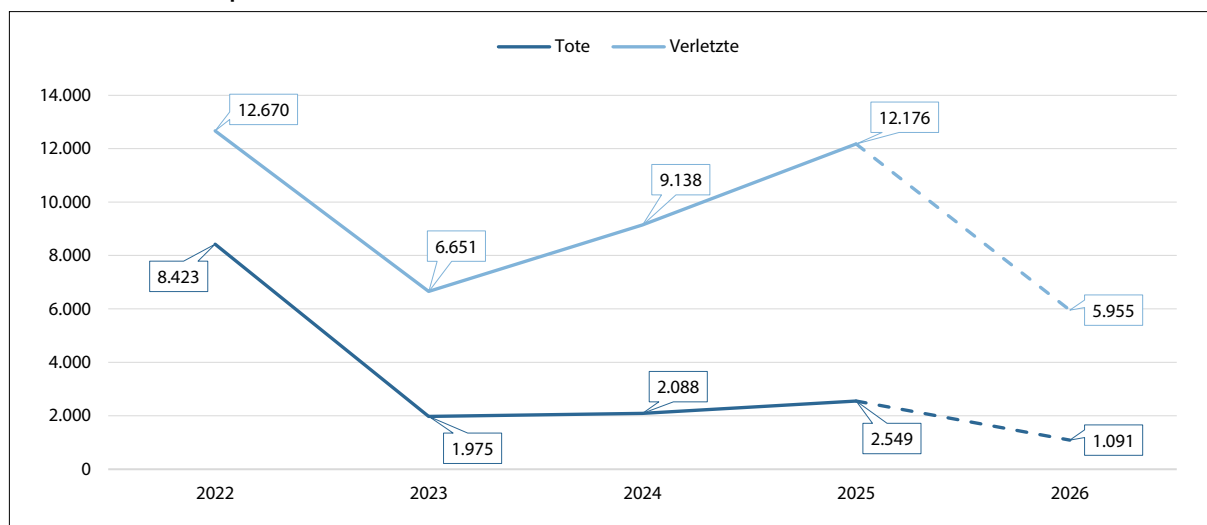
Quelle: Monitor Luftkrieg Ukraine, 13.06.2026, S. 2, <https://www.kyiv-dialogue.org/de/news/newsreader/monitor-luftkrieg-ukraine-vol-xvii.html>

**Grafik 3a: Zivile Opfer in der Ukraine insgesamt**



Quelle: Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: Protection of Civilians in Armed Conflict — May 2026, S.4, [https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29\\_ENG.pdf](https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29_ENG.pdf)

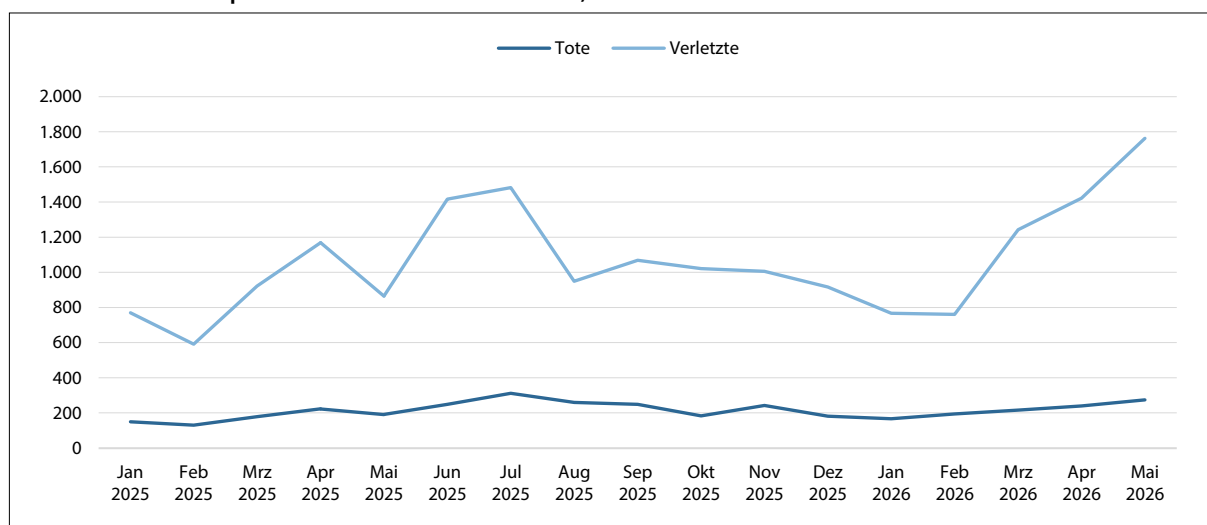
**Grafik 3b: Zivile Opfer in der Ukraine nach Jahren (Stand: Ende Mai 2026)**



Anmerkung: Zahlen für 2026 bis Ende Mai. Erfasst werden alle zivilen Opfer. 18% der Toten und 10% der Verletzten befanden sich auf zum jeweiligen Zeitpunkt von Russland besetztem Gebiet.

Quelle: Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: Protection of Civilians in Armed Conflict — May 2026, S.4, [https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29\\_ENG.pdf](https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29_ENG.pdf)

**Grafik 3c: Zivile Opfer in der Ukraine nach Monaten, Januar 2025 bis Mai 2026**



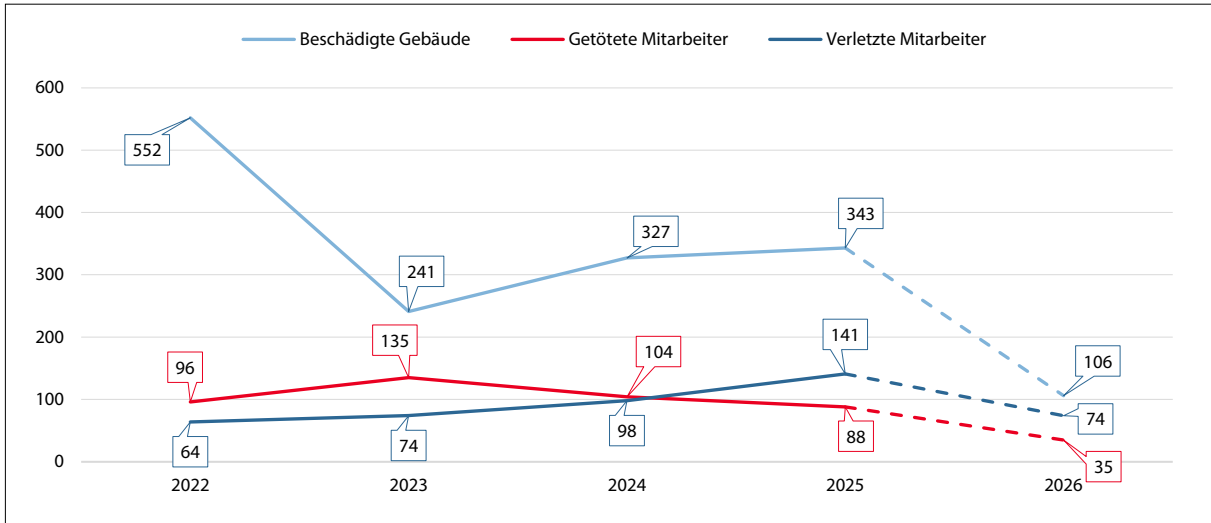
	Tote	Verletzte
Januar 2025	149	770
Februar 2025	131	592
März 2025	179	922
April 2025	223	1.169
Mai 2025	191	865
Juni 2025	249	1.416
Juli 2025	312	1.482
August 2025	260	949
September 2025	249	1.068

	Tote	Verletzte
Oktober 2025	183	1.021
November 2025	242	1.006
Dezember 2025	181	916
Januar 2026	167	767
Februar 2026	194	761
März 2026	216	1.242
April 2026	240	1.422
Mai 2026	274	1.763

Anmerkung: Erfasst werden alle zivilen Opfer, einschließlich auf von Russland besetztem Gebiet.

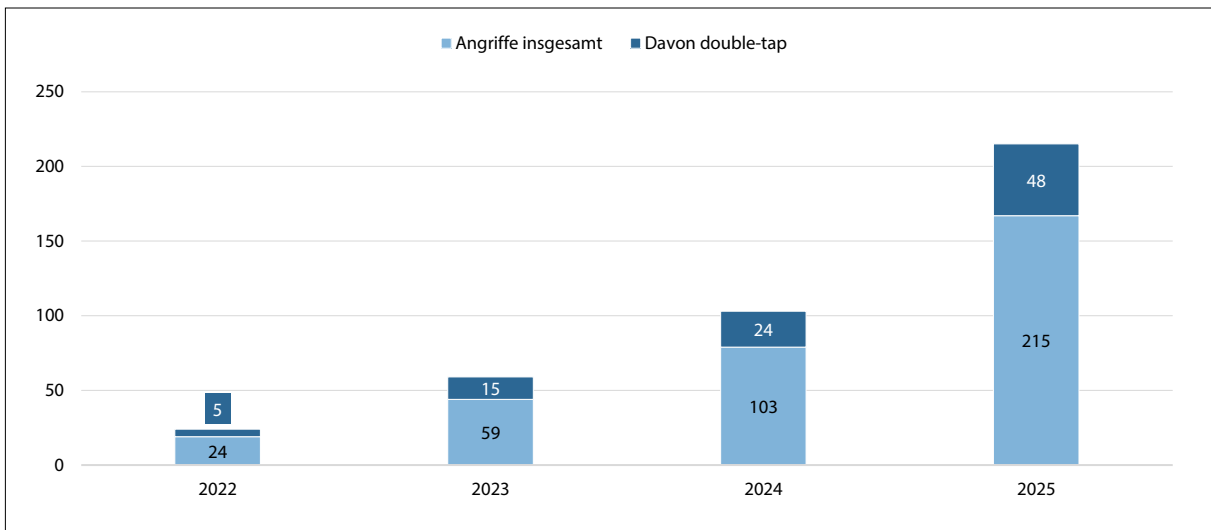
Quelle: Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte: Protection of Civilians in Armed Conflict — May 2026, S.4, [https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29\\_ENG.pdf](https://ukraine.ohchr.org/sites/default/files/2026-06/Ukraine%20-%20protection%20of%20civilians%20in%20armed%20conflict%20%28May%202026%29_ENG.pdf)

**Grafik 4: Russische Angriffe auf Gesundheitseinrichtungen nach Jahren (Stand: 25. April 2026)**



Quelle: eigene Berechnungen für jährliche Zahlen nach Attacks on Health Care in Ukraine, <https://www.attacksonehealthukraine.org>

**Grafik 5: Russische Angriffe auf Rettungskräfte nach Jahren (Stand: 31.10.2025)**



Anmerkung: double-tap beschreibt Angriffe auf Rettungskräfte im Anschluss an einen Luftangriff

Quelle: Truth Hounds: Calculated Harm: Attacks on Emergency Responders in Ukraine, <https://truth-hounds.org/en/cases/calculated-harm/>

## Ukrainische Luftangriffe auf russische Ziele

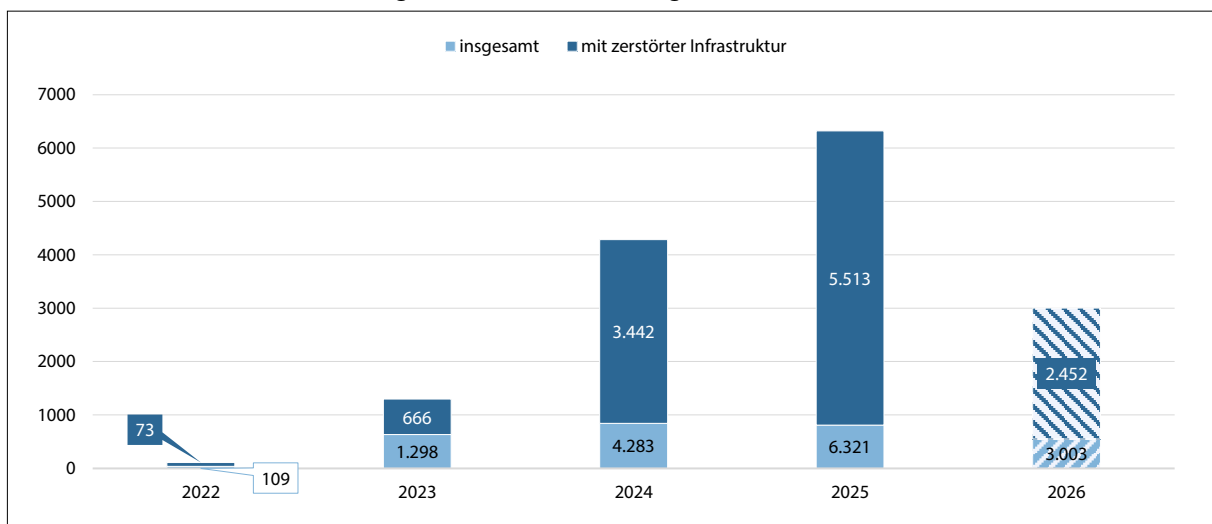
In Reaktion auf den russischen Eroberungskrieg gelingt es der Ukraine zunehmend, Ziele im russischen Hinterland weit entfernt von der Frontlinie zu treffen. Deutlich wurde dies, als Russland sich um einen von US-Präsident Donald Trump vermittelten Waffenstillstand für die Siegesparade in Moskau am 9. Mai 2026 bemühte. Anfang Juni griffen dann ukrainische Drohnen militärische Einrichtungen und Anlagen der Erdölwirtschaft in Petersburg an, als dort das internationale Wirtschaftsforum stattfand. Beim bisher wohl größten ukrainischen Drohnenangriff auf Moskau am 18. Juni wurde eine große Raffinerie im Süden der Stadt in Brand gesetzt.

Das deutsche Internet-Projekt [dekoder.org](https://www.dekoder.org) hat zusammen mit dem Daten-Team der Novaya Gazeta Europe eine interaktive Karte zu ukrainischen Luftangriffen erstellt (<https://www.dekoder.org/de/article/interaktive-karte-ukrainische-angriffe-auf-russland/>). Erfasst werden KI-basiert automatisch alle ukrainischen Angriffe auf russisches Territorium seit dem Beginn der russischen Großinvasion im Februar 2022, zu denen es auf über 700 einbezogenen Telegramm-Kanälen mindestens zwei Nachrichten innerhalb von höchstens 24 Stunden am selben Ort zum selben Vorfall gibt. Dekoder merkt an: »Die Daten wurden automatisch erfasst und mithilfe von KI verarbeitet; etwa zehn Prozent der Zwischenfälle enthalten Doppelungen oder Ungenauigkeiten. Es wurden unter anderem staatliche Quellen herangezogen. Die Zwischenfälle wurden nicht manuell überprüft. Ziel der Karte ist es, einen Überblick zu vermitteln.«

Während bei [dekoder.org](https://www.dekoder.org) über die Hälfte der Drohnenangriffe allein auf die Grenzregion Belgorod entfällt, hat die britische Zeitschrift Economist in eine ähnliche Analyse nur ukrainische Luftangriffe auf russische Ziele mindestens 100 km hinter der Grenze einbezogen. Grundlage dafür ist das Armed Conflict Location and Event Data project (ACLED). Die Auswertung des Economist wurde hier veröffentlicht: <https://www.economist.com/interactive/europe/2026/06/09/ukrainian-strikes-are-inflicting-pain-deep-inside-russia>. Eine Beschreibung der zugrundeliegenden Datensammlung gibt es z. B. hier: Nathalie Rathkamp (2025): Review of The Armed Conflict Location & Event Data Project (1997): The Armed Conflict Location & Event Data Project (published on Discuss Data), v. 1.0, Discuss Data, <https://doi.org/10.48320/7173FCAC-F4DA-4075-9E6C-844D803E2244>

Die Russland-Analysen dokumentieren im Folgenden ausgewählte Zahlen:

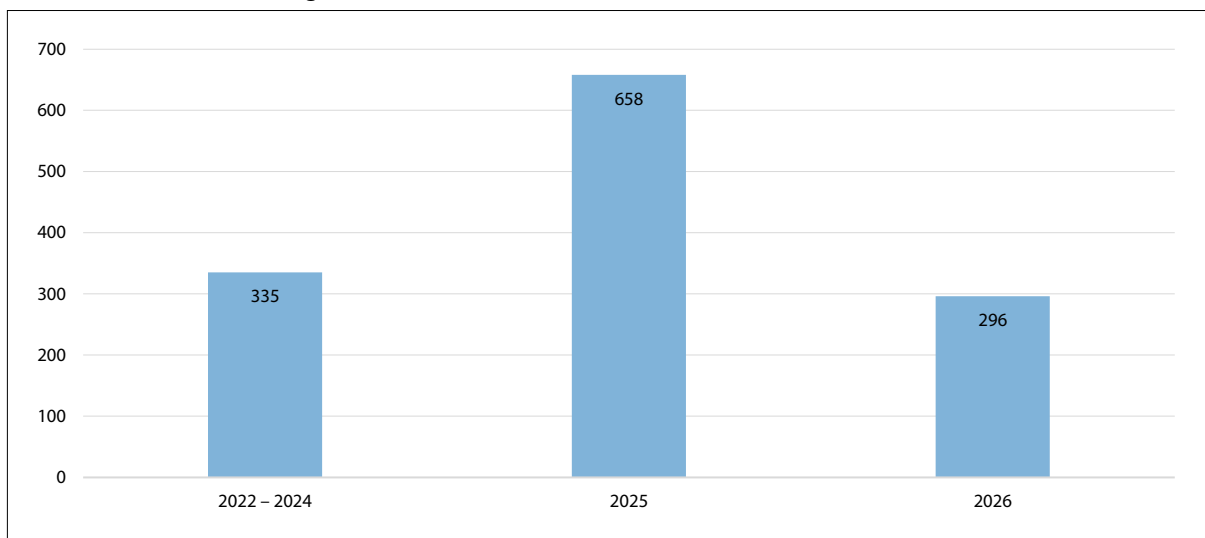
**Grafik 1: Ukrainische Drohnenangriffe auf russisches Staatsgebiet (ohne besetzte Gebiete) 2022 – 2026**



Anmerkung: Zahl für 2026 auf dem Stand vom 19. Juni.

Quelle: Novaya Gazeta Europe/[dekoder.org](https://www.dekoder.org), <https://www.dekoder.org/de/article/interaktive-karte-ukrainische-angriffe-auf-russland/>

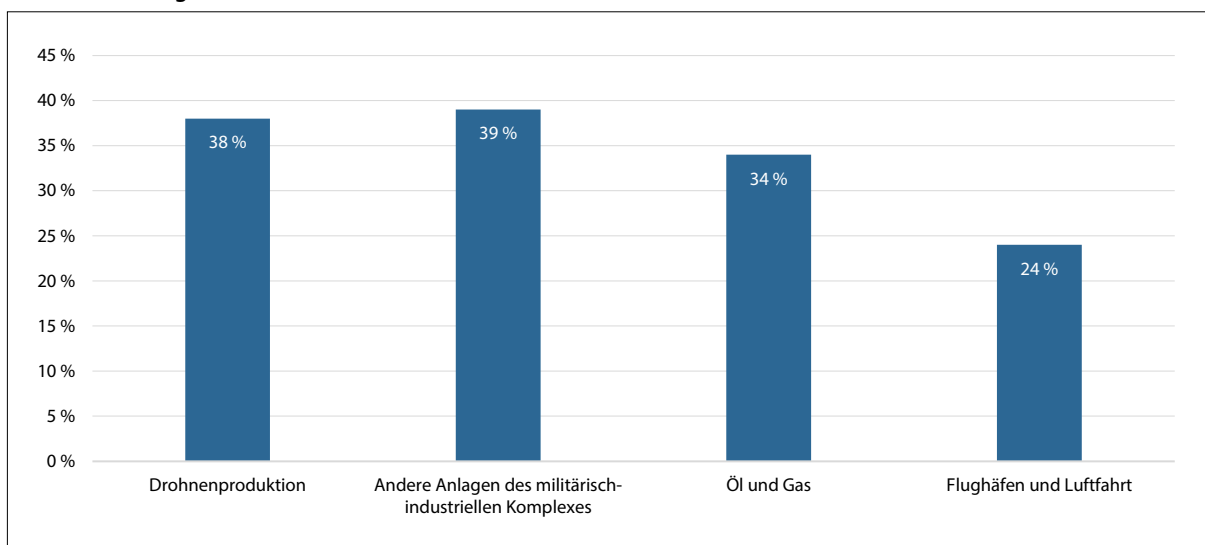
**Grafik 2: Ukrainische Luftangriffe auf russisches Staatsgebiet mindestens 100 km hinter der international anerkannten Staatsgrenze 2022 – 2026**



Anmerkung: Zahl für 2026 auf dem Stand vom Mai.

Quelle: Economist, 09.06.2026, <https://www.economist.com/interactive/europe/2026/06/09/ukrainian-strikes-are-inflicting-pain-deep-inside-russia>

**Grafik 3: Anteil der jeweiligen russischen strategischen Anlagen innerhalb eines 5 km-Radius ukrainischer Luftangriffe im Jahr 2025**



Quelle: Economist, 09.06.2026, <https://www.economist.com/interactive/europe/2026/06/09/ukrainian-strikes-are-inflicting-pain-deep-inside-russia>

## INTERVIEW

## »Es gibt keine Alternative zur Dezentralisierung«. Andrei Yakovlev über eine tatsächliche Föderalisierung der russischen Wirtschaft

Andrei Yakovlev (Davis Center der Universität Harvard, Cambridge, MA/Freie Universität Berlin), Tatiana Rybakova (Govorit NeMoskva)

**Tatiana Rybakova:** Wir setzen unsere Interviewreihe mit den Teilnehmern des Projekts »Plattform der Normalisierung: Die Rückkehr der Zukunft« fort, das sich mit den Maßnahmen befasst, die im Russland nach Putin ergriffen werden müssen. Heute sprach »Govorit NeMoskva« mit dem Ökonomen Andrei Yakovlev, Autor des wirtschaftlichen Teils des Projekts, darüber, was mit den regionalen Eliten geschehen muss und wie die Wirtschaft der Regionen wieder in normale Bahnen gelenkt werden kann.

### Wen werden die Gouverneure verraten?

**Tatiana Rybakova:** In Ihren Artikeln im Rahmen des Projekts zur Normalisierung in einem Russland nach Putin haben Sie darüber berichtet, wie die Wirtschaft zur Komplizin des Krieges wurde, was der Krieg mit der Wirtschaft angerichtet hat und wie die Wirtschaft in der Übergangsphase aussehen sollte. Leider habe ich darin jedoch keine ausreichend ausführliche Beschreibung dessen gefunden, was auf regionaler Ebene zu tun ist. Dabei weisen viele darauf hin, dass systemische Reformen gerade von unten nach oben vorangetrieben werden müssen. Lassen Sie uns diese Lücke schließen! Und meine erste Frage lautet: Was soll man im postputinischen Russland mit den Gouverneuren und anderen regionalen Eliten tun, unter denen sich viele vom Kreml ernannte Personen befinden?

**Andrei Yakovlev:** Tatsächlich gibt es seit vielen Jahren einen Prozess, bei dem in den Regionen »Waräger« (externe Manager – Anm. d. Red.) eingesetzt werden, die dem Kreml unterstehen sollen und nicht den lokalen Eliten. Aber auch diese Waräger sind unterschiedlich. Zum Beispiel der kürzlich seines Amtes als Gouverneur der Region Belgorod enthobene Wjatscheslaw Gladkow – er wurde dort anstelle von Jewgeni Sawtschenko eingesetzt, der in der Region verwurzelt und in der Bevölkerung recht beliebt war. Und obwohl er sich in einer so schwierigen Situation befand und zunächst mit der Corona-Pandemie und dann mit dem Krieg konfrontiert war, handelte Gladkow dennoch recht aktiv und erlangte selbst eine gewisse Popularität.

Deshalb würde ich nicht darüber sprechen, ob bestimmte Personen Externe oder Einheimische sind, sondern über die tatsächlichen politischen Ambitionen bestimmter Menschen, selbst wenn sie auf Vorschlag von Sergej Kirijenko (erster stellvertr. Leiter der Präsidentialadministration – Anm. d. Red.) oder Putin ernannt wurden. Wenn diese Menschen, nachdem sie in einer bestimmten Region angekommen sind, in der Lage waren, etwas in Angriff zu nehmen und etwas zu bewirken, dann können sie zu ernstzunehmenden politischen Akteuren werden. Wie zum Beispiel Alexej Gordeew, der seinerzeit als absoluter »Waräger« in die Region Woronesch kam, aber dennoch ziemlich viel für die Region geleistet hat. Und als er von dort wegzog, erfreute er sich tatsächlich großer Beliebtheit.

**Tatiana Rybakova:** Das heißt, Sie sind der Meinung, dass sich effektive Gouverneure in Zeiten des Wandels auf die Seite der von ihnen geführten Regionen stellen werden und nicht auf die Seite der Präsidentialverwaltung, die sie ernannt hat?

**Andrei Yakovlev:** Damit will ich sagen, dass ich jedenfalls keine Alternative zur Dezentralisierung der Macht sehe. Denn alle sind der übermäßigen Zentralisierung von Putins »Vertikale« sehr überdrüssig, sie verursacht starke Spannungen. Und tatsächlich stützt sich diese Zentralisierung auf Ressourcen, die von der Zentrale verteilt werden. Doch diese Ressourcen entstehen nicht aus dem Nichts. Eine ihrer Quellen ist natürlich die Erdölrente, eine weitere, nicht minder wichtige jedoch die sehr hohe Zentralisierung der eingenommenen Steuern. Indem die Zentralregierung den Regionen fast alle Ressourcen entzieht, hat sie die Möglichkeit, die eingenommenen Mittel später an die Regionen weiterzugeben und ihnen dabei gleichzeitig ihre eigenen Bedingungen aufzuerlegen: vor allem eben durch die KPIs (Leistungsindikatoren – Anm. d. Red.), in erster Linie sozialpolitischer Art.

Das Problem ist, dass die Ressourcen derzeit immer knapper werden. Und wenn man von einem Regimewechsel spricht, wird dieser höchstwahrscheinlich vor dem Hintergrund weitaus größerer wirtschaftlicher Probleme stattfinden, wenn die Situation in gewisser Weise an die Lage in den 1990er Jahren erinnern wird. Und dann wird das Maximum, das die Zentralregierung den Regionen realistisch gesehen gewähren kann, höchstwahrscheinlich ein hohes Maß an Autonomie und Eigenständigkeit sein. Erinnern Sie sich an Jelzins Worte: »Nehmt euch so viel Souveränität, wie ihr könnt«? Dabei ist

es jedoch wichtig zu verstehen, dass es Anfang der 1990er Jahre vor dem Hintergrund des Zerfalls der UdSSR zu einer gewissen Erneuerung der Elite auf nationaler Ebene kam; in der neuen Regierung der Russischen Föderation gab es relativ viele neue Gesichter. In den Regionen hingegen waren in den meisten Fällen ehemalige Vorsitzende der Oblast-Exekutivkomitees oder zweite Sekretäre der Oblast-Komitees der KPdSU an der Spitze. Dabei war das sowjetische System weit aus stärker von der Nomenklatura geprägt als das heutige; dort rechnete, gelinde gesagt, niemand mit dem Auftauchen neuer Politiker auf nationaler Ebene – und doch gingen sowohl Gorbatschow als auch Jelzin aus genau diesem System hervor. Und als vor dem Hintergrund des Zerfalls der Union die Transformation des russischen politischen Systems einsetzte, tauchten auf regionaler Ebene neue Akteure aus der alten Partielite auf – wie Mintimer Schaimiew oder Eduard Rossel, die im Großen und Ganzen vernünftig waren. Natürlich gab es auch solche wie Jewgenij Nasdratenko in Wladiwostok, einen Einheimischen, der aber im Grunde ein Gangster war – so etwas gab es ebenfalls. Und leider wird es das höchstwahrscheinlich auch weiterhin geben. Deshalb würde ich die Situation nicht nach dem Prinzip »Externer« oder »Einheimischer« bewerten. Auf jeden Fall gibt es meiner Meinung nach keine Alternative zur Dezentralisierung, und im Rahmen der Dezentralisierung könnten auf regionaler Ebene neue Akteure auftauchen, die wir derzeit einfach noch nicht kennen.

### Keine Steuern ohne Vertretung

**Tatiana Rybakova:** Wie lassen sich Steuern und Zuständigkeiten zwischen dem Zentrum, den Regionen und den Kommunen neu verteilen? Ist die Einführung lokaler Steuern möglich? Und wie lassen sich dabei gleiche soziale Garantien für das gesamte Land gewährleisten?

**Andrei Yakovlev:** Das ist keine einfache Frage, und sie muss anhand von Zahlen und mit Menschen diskutiert werden, die sich mit diesem Thema viel besser auskennen. Wir haben mit Kollegen darüber gesprochen, allerdings eher auf strategischer und verfassungsrechtlicher Ebene. Wir sind davon ausgegangen, dass es darum geht, die Demokratie durch die Wiederherstellung des Föderalismus wiederherzustellen. Und das sollte nicht einmal auf regionaler Ebene beginnen, sondern auf kommunaler Ebene, der echte Befugnisse zurückgegeben werden müssen. Denn heute haben sie zwar formal Verpflichtungen, aber die derzeitige Struktur – die meiner Meinung nach ganz bewusst geschaffen wurde – ist so gestaltet, dass die Kommunen keine eigenen Ressourcen haben, um die ihnen auferlegten Aufgaben zu erfüllen. Sie sind gezwungen, die Gouverneure um Ressourcen zu bitten. Die meisten Regionen, mit Ausnahme von Moskau und vielleicht einiger wohlhabender ölfördernder Regionen wie der Oblast Tjumen, befinden sich in derselben Situation – sie müssen wiederum die nationale Regierung um Ressourcen bitten. Meinen Kontakten bis zum Jahr 2022 zufolge weiß ich, dass viele Vizegouverneure einen erheblichen Teil ihrer Arbeitszeit damit verbrachten, bei den nationalen Behörden in Moskau um Mittel für ihre Region zu betteln. Und ich glaube nicht, dass sich daran während des Krieges etwas geändert hat.

Was die regionalen Ungleichheiten betrifft: Bestimmte Standards bei der Bereitstellung grundlegender sozialer Dienstleistungen – Bildung, Gesundheitsversorgung, Sozialversicherung – sind notwendig. Ja, wahrscheinlich sollte es in diesem Bereich einen föderalen Auftrag geben, der durch Steuern finanziert werden muss, die in erster Linie aus der Rohstoffrente stammen. Aber mir persönlich erscheint es wichtig, dass selbst in diesem Fall ein System der Kofinanzierung erforderlich ist. Eine wohlhabende Region wie Moskau kann all dies eigenständig finanzieren, während arme Regionen einen nationalen Zuschuss erhalten, allerdings nicht in voller Höhe – es ist wichtig, dass sie zumindest einen eigenen Beitrag leisten. Dabei muss es natürlich Unterschiede für die verschiedenen Bereiche geben. Nehmen wir zum Beispiel das Gesundheitswesen: Was das Basisnetz der medizinischen Einrichtungen (Rettungsdienst, lokale Polikliniken) betrifft, sollten die Befugnisse und Ressourcen bei den Regionen liegen – da die Kommunen (insbesondere kleine) nicht in der Lage sein werden, all dies auf einem angemessenen Niveau aufrechtzuerhalten. Die Entscheidungen der regionalen Behörden in diesem Bereich müssen jedoch gegenüber den Kommunen und den Bürgern rechenschaftspflichtig sein. In den letzten Jahren wurden zwar einige Reformen in diesem Bereich durchgeführt, doch geschah dies ausschließlich zentralistisch, mit einer Konzentration von Ressourcen und Befugnissen auf der übergeordneten Ebene, ohne jegliche Rechenschaftspflicht gegenüber den darunterliegenden Ebenen. Parallel zum regionalen Basisnetz im Gesundheitswesen sollte es eine föderale Zuständigkeit für den Bereich der Onkologie sowie für seltene und schwere Erkrankungen geben, in denen teure Geräte, Medikamente und Fachärzte erforderlich sind. Diese Aufgaben sollten beim Staat verbleiben.

**Tatiana Rybakova:** Und wie sieht es mit dem Bildungswesen und einem einheitlichen Bildungsstandard aus? Und was ist mit den Rentnern, die schon heute unterschiedliche regionale Zulagen erhalten?

**Andrei Yakovlev:** Was das Bildungswesen betrifft, so sollte die Sekundarstufe I zweifellos in die Zuständigkeit der Regionen und Kommunen fallen. Hier könnte die Autonomie meiner Meinung nach viel weiter gefasst sein, und der Schwerpunkt

sollte eher auf der kommunalen Ebene liegen als auf der regionalen. Natürlich braucht es einen landesweiten Standard, der den Kindern den Erwerb von Grundkenntnissen garantiert, und es müssen je nach Entwicklungsstand der Regionen Mittel für diese Zwecke bereitgestellt werden. Aber die entscheidenden Weichenstellungen über die Verwendung dieser Mittel (einschließlich Personalentscheidungen zur Ernennung von Schulleitern) müssen auf kommunaler Ebene getroffen werden. Dabei sollten die Kommunen über ein ausreichend hohes Maß an Autonomie bei der Auswahl der Bildungsprogramme verfügen – unter Berücksichtigung lokaler Besonderheiten, der Interessen von Minderheiten und anderer Faktoren.

**Rentner:** Für die Altersversorgung muss es auf jeden Fall ein umfassendes föderales Mandat geben, aber auch hier gilt: unter Berücksichtigung der Frage, wie viel Geld die Zentralregierung dafür zur Verfügung hat.

Das heißt, insgesamt muss ein Ausgleich der Verpflichtungen der Kommunen und Regionen geschaffen werden, um ihnen die Möglichkeiten und Ressourcen zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu geben (damit sie nicht ständig an die übergeordnete Ebene herantreten und dort um Ressourcen bitten müssen, wie es derzeit der Fall ist). Da es jedoch territoriale Ungleichheiten gibt, die unvermeidlich bestehen bleiben werden, wird gleichzeitig eine Umverteilung von den reichen Regionen zu den armen notwendig sein, um einheitliche soziale Standards aufrechtzuerhalten. Eine solche Umverteilung birgt das Risiko einer »Nutzermentalität« – wenn arme Regionen beginnen, auf Kosten der reichen zu leben. Unter diesen Umständen ist es wichtig, dass Regionen und Kommunen gleichzeitig Anreize für die Entwicklung und für die Steigerung ihrer eigenen Einnahmen haben. Dazu müssen den Kommunen jene Steuern übertragen werden, die in ihren Zuständigkeitsbereich fallen – vor allem die Einkommensteuer und die Körperschaftsteuer. Diese verbleiben zwar formal auch jetzt noch auf regionaler Ebene, sollten aber vor allem auf kommunaler Ebene verbleiben. Zudem fließt derzeit die Differenz zwischen dem alten und dem aktuellen Körperschaftsteuersatz vollständig an die nationale Ebene.

**Tatiana Rybakova:** Und sollte die diesjährige Steuererhöhung selbst rückgängig gemacht werden? Sie hat die Wirtschaft, insbesondere kleine Unternehmen, hart getroffen.

**Andrei Yakovlev:** Wir haben mit meinen Kollegen darüber diskutiert, ob die vergangene Steuererhöhung rückgängig gemacht werden sollte. Meiner Ansicht nach ist eine Rückkehr zu den alten Besteuerungsbedingungen für kleine Unternehmen unbedingt erforderlich. Diese Maßnahme zur Senkung der Umsatzschwelle für die Mehrwertsteuer hat dem Haushalt nur völlig marginale Einnahmen beschert, hatte aber gleichzeitig buchstäblich verheerende Auswirkungen auf kleine Unternehmen. Was die Körperschaftsteuer betrifft: Soweit ich mich erinnere, floss früher – bei einem Steuersatz von 20 % – fast der gesamte Betrag an die Regionen und nur 2 % an die nationale Regierung. Seit letztem Jahr erhält die nationale Regierung bereits 7 % des erhöhten Steuersatzes von 25 %. Besonders den Kommunen bleibt von dieser Steuer überhaupt nichts übrig. Meiner Ansicht nach ist hier eine Umverteilung zugunsten der Kommunen erforderlich.

Dabei wird eine absolute Steuersenkung (mit einer Senkung der Mehrwertsteuer von 22 % auf 20 % und der Körperschaftssteuer von 25 % auf 20 %) in naher Zukunft kaum möglich sein – da die Wirtschaftslage zum Zeitpunkt des Regimewechsels höchstwahrscheinlich deutlich schlechter sein wird als derzeit. Und unter den Bedingungen der Übergangsphase nach Putin wird es kaum möglich sein, eine radikale Steuerreform durchzuführen. Doch eine Verlagerung zugunsten der Interessen der Kommunen sowie eine Dezentralisierung der erhobenen Steuern – insbesondere jener, die tatsächlich davon abhängen, was eine Kommune oder Region tut oder unterlässt – ist meiner Ansicht nach notwendig. Dies betrifft in erster Linie die Umverteilung der Einnahmen aus der Körperschaftssteuer und der Einkommensteuer.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Verbuchung der Einkommensteuer nicht am Standort des Arbeitgebers (wie es derzeit der Fall ist), sondern im Haushalt der Gemeinde, in der der Arbeitnehmer – der Steuerzahler – wohnt. So wird es weltweit gehandhabt, doch in Russland wurden regelmäßig Einwände gegen die Umstellung auf diese Praxis erhoben. Die Hauptargumente lauten, dass dies die Abgabe von Steuererklärungen durch alle Bürger voraussetzen würde, was aufwendig und schwer zu verwalten wäre. Angesichts des derzeitigen Digitalisierungsstands, bei dem die Steuerbehörde über alle Informationen zum Steuerpflichtigen verfügt, einschließlich seiner Wohnadresse, gibt es jedoch keinerlei Probleme damit, die vom Arbeitgeber einbehaltene Einkommensteuer an den Haushalt der Gemeinde zu überweisen, in der der Arbeitnehmer gemeldet ist.

**Tatiana Rybakova:** Wissen Sie, in Serbien habe ich zum ersten Mal selbst Steuern gezahlt – und das hat meine Wahrnehmung der Pflichten des Staates stark beeinflusst. In Russland wissen viele bis heute gar nicht, wie viel Steuern sie tatsächlich zahlen. Daraus resultiert zum großen Teil auch die Gleichgültigkeit gegenüber der Frage, wie der Staat mit diesem Geld umgeht.

**Andrei Yakovlev:** Damit die Menschen verstehen, wie viel Steuern sie zahlen und wofür diese Steuern verwendet werden, gab es einen guten Vorschlag von Alexander Ausan: Ein Teil der Einkommensteuer sollte im persönlichen Konto

des Steuerzahlers verbucht und ausgewiesen werden, und dieser hätte die Möglichkeit, zu entscheiden, wofür dieses Geld ausgegeben werden soll: für Stadtverschönerung, für Straßen oder für den Nahverkehr. Das ist notwendig, damit die Menschen wirklich in den Prozess der Kommunalverwaltung einbezogen werden. Und heute, im Zeitalter der Digitalisierung, ist all das durchaus machbar – vorausgesetzt natürlich, es gibt eine vernünftige Internetverbindung.

Was die lokalen Steuern angeht, so gab es diese in Russland bereits; einzelne Regionen haben sie in den 1990er- und frühen 2000er-Jahren erhoben. Ich sehe hier kein Problem. Denn im Falle einer Dezentralisierung der Steuern wird es ohnehin zu einem Steuerwettbewerb kommen. Und wenn man es irgendwo mit der Einführung lokaler Steuern übertreibt, werden die Unternehmen einfach abwandern. Das Gleiche gilt für das Recht auf die Einführung von Steuervergünstigungen – solche Rechte gibt es bereits, und es passiert nichts Schlimmes.

## Konversion 2.0 – wie lässt sich ein Zusammenbruch vermeiden?

**Tatiana Rybakova:** Wie lassen sich die Entmilitarisierung der Wirtschaft und die Umstellung der Rüstungsproduktion bewerkstelligen, ohne dass die Wirtschaft der Regionen zusammenbricht, die heute aufgrund der Einschränkungen des Auslands-Tourismus von der Rüstungsindustrie, der Importsubstitution und der Entwicklung des Inlandtourismus leben?

**Andrei Yakovlev:** Hier muss man die konkrete Situation der einzelnen Städte und Regionen betrachten, aber insgesamt muss man sich darüber im Klaren sein, dass der Prozess einer echten Transformation des Systems, wie ich bereits sagte, unter weitaus schlechteren wirtschaftlichen Bedingungen beginnen wird als derzeit, wenn die nationale Regierung nicht über viele Ressourcen zur Unterstützung verfügen wird. Dennoch gibt es eine Reserve in Form der derzeit hohen Militärausgaben, die nach meinen Gesprächen mit Kollegen und Experten weitaus höher sind, als angegeben wird. Wenn die Kriegshandlungen eingestellt werden, wird ein erheblicher Teil dieser Ausgaben freigesetzt. Natürlich bleiben die Ausgaben für die Wiederauffüllung der Arsenale bestehen – denn auf Abrüstung kann man in der gegenwärtigen internationalen Lage leider nicht hoffen. Es ist klar, dass man den Menschen, die derzeit in Rüstungsbetrieben arbeiten, nicht einfach die Löhne streichen kann. Aber beispielsweise könnte die Drohnenproduktion im Rahmen einer Umstellung auf den zivilen Bereich verlagert werden, wodurch deutlich weniger Geld für deren Herstellung aufgewendet werden müsste. Die derzeitigen Zahlungen an Vertragssoldaten können nach Beendigung der Kampfhandlungen gekürzt werden. Die dadurch frei werdenden Mittel können für Sozialprogramme, für die Umstellung der Produktion sowie für grundlegende soziale Absicherungen der von der Front Zurückgekehrten verwendet werden – sie ihrem Schicksal zu überlassen, ist falsch und politisch gefährlich.

Was die Importsubstitution angeht, so denke ich, dass die Sanktionen noch lange bestehen bleiben werden. Daher ist es unwahrscheinlich, dass beispielsweise der Inlandtourismus sofort stark einbrechen wird – abgesehen von den Sanktionen werden die Menschen, entschuldigen Sie, auch kaum Geld haben, um ins Ausland zu reisen. In der Automobilindustrie äußert sich die Importsubstitution derzeit hauptsächlich in der »Schraubmontage« chinesischer Fahrzeuge. Die europäischen Hersteller haben im Gegensatz zu den Chinesen zumindest Technologien mitgebracht. Ich weiß nicht, ob die Europäer zurückkehren werden, aber im Falle einer Lockerung der Sanktionen werden wohl eher nicht die Produktionsstätten selbst wegfallen, sondern alle möglichen Zwischenhändler, die heute die Lieferung importierter Bauteile sicherstellen. Und um solche Zwischenhändler muss man sich wohl kaum Sorgen machen.

Insgesamt würde ich sagen, dass den Regionen und Kommunen echte Ressourcen zur Verfügung gestellt werden müssen, damit sie ihre Aufgaben erfüllen können, und gleichzeitig müssen den Menschen grundlegende soziale Garantien gewährt werden. Und möglicherweise werden spezielle Zuschüsse für Regionen benötigt, deren Wohlstand vom Krieg abhängig war und mit dessen Ende drastisch zurückgehen könnte.

*Das vorliegende Interview wurde von Tatiana Rybakova mit Andrei Yakovlev für das Medium *Govorit NeMoskva* geführt und am 02.06.2026 online in russischer Sprache auf <https://nemoskva.net/2026/06/02/net-alternativy-decentralizaczii/?shem=rimspwouohc> und in einer englischen Version auf <https://nemoskva.net/en/2026/06/02/net-alternativy-decentralizaczii/?shem=rimspwouohc> veröffentlicht.*

### Über den Autor

*Andrei Yakovlev* ist assoziierter Wissenschaftler am Davis Center der Harvard University sowie Gastwissenschaftler am Exzellenzcluster »Contestations of the Liberal Script« (SCRIPTS) der Freien Universität Berlin. Alle Materialien des Projekts »Plattform der Normalisierung: Die Rückkehr der Zukunft« (<https://normplatf.ifyc.workers.dev/>) werden in einem Buch zusammengefasst und 2026 veröffentlicht.

## Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (<http://www.laender-analysen.de/russland/>) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link <https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1>.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenaue Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

*Die Redaktion der Russland-Analysen*

### Herausgeber:

Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.  
Deutsches Polen-Institut  
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung  
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOIS) gGmbH

### Redaktion:

Anastasia Stoll (verantwortlich)  
Alena Schwarz (Chronik)  
Satz: Matthias Neumann

### Wissenschaftlicher Beirat:

Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin  
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien  
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

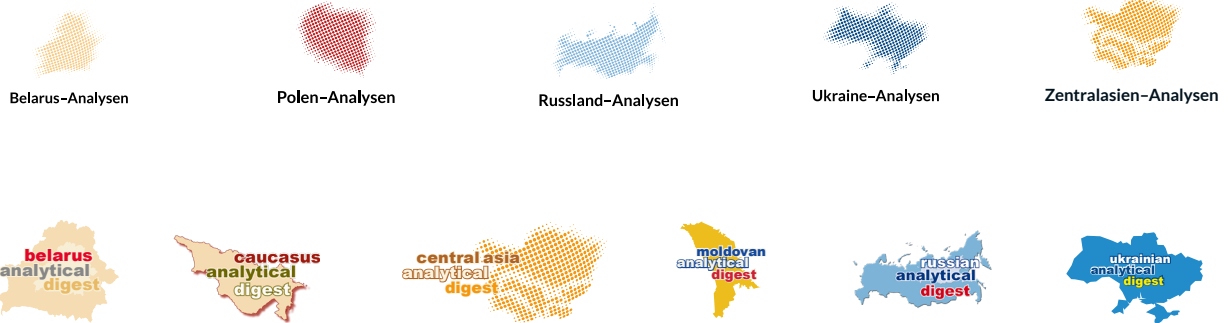
Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.  
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)  
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung ([www.bpb.de](http://www.bpb.de)) aufgenommen.

ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen  
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607  
e-mail: [laender-analysen@uni-bremen.de](mailto:laender-analysen@uni-bremen.de) • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



## LÄNDER-ANALYSEN



# Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

### In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://laender-analysen.de/abonnement/>



### In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: <https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html>

